

eine gefährliche Überforderung des öffentlichen Schulsystems?

Seit dem 1. August 2014 können Eltern behinderter Erstklässler oder Fünftklässler in NRW wählen, ob sie ihr Kind in einer Förderschule oder in einer allgemeinen Schule anmelden. Der Landtag hat am 16. Oktober 2013 das Inklusionsgesetz gegen die Warnungen und Kritiken der Fachleute beschlossen. Die Abstimmung gibt der rot-grünen Koalition das Recht (die Macht), dieses Gesetz gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Abstimmungsergebnis:	Abgegebene Stimmen	231
	Ja	124
	Nein	107
	Enthaltung	keine

Ca. 13 Millionen Wähler waren am 13. Mai 2012 zur Landtagswahl aufgefordert. Die Wahlbeteiligung betrug 59,6%. Die 5 Parteien bekamen ca. 7,3 Millionen Wählerstimmen. 237 Abgeordnete zogen in den Landtag ein ([Endergebnis](#)).

Wenn 7,3 Millionen Wählerstimmen auf 237 Abgeordnete aufgeteilt werden, dann entsprechen 124 Ja-Stimmen ca. 3,8 Millionen Wählerstimmen, also dem Anteil von ca. 29% aller wahlberechtigten Bürger unseres Landes

Unterstellen wir, dass die Kollegien der Schulen das demokratische Verhältnis des Landtages widerspiegeln, wird die Schwierigkeit der Umsetzung von Inklusion deutlich, denn es gibt ja nicht nur die eine Meinung, die - weil Gesetz - befolgt werden muss.

Wie man öffentlich über „Inklusion“ spricht (und was man daraus schließen kann)

Wolfgang Lieb – Freitag, den 16. Januar 2015

Bologna als Modell – die UN-Behindertenrechtskonvention als internationale Rückendeckung.

Kein Zeitungsartikel über Inklusion, der uns den Hinweis vorenthält, es sei die UN-Behindertenrechtskonvention von 2006, welche die Bundesregierung 2009 unterschrieben habe, und sie beinhalte die nunmehr von den Ländern umgesetzte Selbstverpflichtung auf ein inklusives Schulwesen.

Es ist ein bildungspolitisch bewährtes Rezept, sich hinter den Auflagen internationaler Organisationen zu verstecken, wenn man nationale Interessenpolitik betreiben möchte.

Der so genannte Bolognaprozess hat zur großen Überraschung der Experten (vgl. Niemann 2009) sinnfällig vorgeführt, dass ein traditionsreiches und in der Nationalgeschichte stark verankertes System der Universitätsausbildung beinahe widerstandslos gekippt werden konnte unter Berufung auf eine völlig unverbindliche Absichtserklärung einiger EU-Staatssekretäre.

Da es unter den halbwegs Gebildeten zum guten Ton gehört, nationale „Sonderwege“ zu vermeiden und Anti-EU-Haltungen als rechtspopulistisch gelten, ist kaum jemand öffentlich gegen den hochschulpolitischen Putsch aufgetreten, der als „Bolognaprozess“ bekannt geworden ist.

Die Inklusion legt da noch einmal nach und gibt sich nicht bloß ein internationales Legitimitationskorsett, sie trägt „über“ diesem Korsett noch ein menschenrechtliches Antidiskriminierungskleid. Wer dagegen auftritt, der stellt sich nicht allein gegen die moralische Autorität der internationalen Gemeinschaft, er riskiert auch den Vorwurf, die Ausschließung Behinderter zu betreiben. Als Sprachwissenschaftler ziehe ich natürlich den Hut und bewundere die Chuzpe, mit der ein institutionell ausdifferenziertes System von Fördereinrichtungen für Lernbehinderte mit einem Federstrich als Diskriminierung Lernbehinderter umdefiniert und abgeschafft werden kann.*

Das ist eine Politik, der man Orwell'sche Qualitäten nicht absprechen kann.

(<http://www.nachdenkseiten.de/?p=24597> Zitat: Seite 2, Punkt 3).

(Chuzpe ist ein Begriff aus dem Hebräischen (chuzpá). Von Chuzpe ist immer dann die Rede, wenn eine unglaubliche Dreistigkeit oder Frechheit begangen wird.*

Eine eigene Meinung hat auch der Kultusminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Mathias Brodkorb. In seinem Betrag erklärt er: „Warum Inklusion unmöglich ist.“

Warum radikale Inklusion unmöglich ist (Auszug)

...die radikalen Inklusionisten setzen sich für eine völlig gerechte Schule ein. Völlige Gerechtigkeit gibt es aber auf Erden nicht und es kann sie niemals geben. Freilich: Das entbindet uns nicht davon, ein Höchstmaß an Gerechtigkeit anzustreben.

Wer aber in der bestehenden Welt Maßnahmen ergreift und Strukturen schafft, deren tatsächliches Ziel etwas Unmögliches ist, wird einen Scherbenhaufen ernten. Es geht hier übrigens nicht um etwas Nebensächliches, sondern um etwas Fundamentales, etwas Anthropologisches, um unser aller Menschenbild. Der Mensch kommt als zutiefst unvollkommenes Wesen zur Welt – aber zugleich mit fantastischen Möglichkeiten. Diese Möglichkeiten freizulegen und zu entwickeln ist die Aufgabe von Bildung und Erziehung, also auch von Schule. Aber gerade aufgrund unser aller Unvollkommenheit ist dieser Weg für jeden von uns steinig, mit Widersprüchen versehen und kein Zuckerschlecken – das gilt selbstverständlich auch und gerade für Menschen mit Behinderungen. Dieses Eingespanntsein des Menschen in seine Unvollkommenheiten und prinzipiellen Möglichkeiten ist eine unaufhebbare Tatsache seiner Existenz und zugleich die nicht zu beseitigende Quelle pädagogischer Herausforderungen. Und es ist eine Frage von Professionalität, vor dieser Realität nicht in noch so schöne Träume zu flüchten.

...denn eine Reform der Schule kann nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Aufgaben diskutiert werden, die Schule zu erfüllen hat. Sie ist eine sozialisierende Mittlerinstanz zwischen der Familie auf der einen und der Gesellschaft, insbesondere dem Arbeitsmarkt, auf der anderen Seite. Schule ist kein Selbstzweck, sondern eine Durchgangsstation mit einem spezifischen Auftrag. Die Familie steht dabei ganz unter dem Zeichen des Wertes der unbedingten Liebe.

...Die Kinder werden angenommen, wie sie sind – jedenfalls ist dies das normative Wunschbild – und werden um ihrer selbst willen geschätzt. Auf der anderen Seite der Linie steht die Gesellschaft mit ihrem kapitalistischen Arbeitsmarkt. Hier wird niemand um seiner selbst willen geschätzt und angenommen, sondern ausschließlich aufgrund seiner individuellen Leistungsfähigkeit, man kann im Grunde auch knallhart sagen: aufgrund seiner ökonomischen Verwertbarkeit. Hierfür steht der sozialdarwinistische Typus Inge Lohmark. Die Gegensätze könnten größer kaum sein. Die Aufgabe der Schule ist es nun, die Kinder mit Liebe bei der Familie abzuholen und sie Schritt für Schritt auf Leistung und damit auf das Leben nach der Schule vorzubereiten: »Die Schule unterscheidet sich dadurch von der Familie, dass sie das Kind eben nicht als ganze Person anspricht, sondern unter einem bestimmten Aspekt zur Geltung bringt. Einzigartigkeit gewinnt die kindliche Person in der Schule nicht durch ihr bloßes Dasein, das von seinen Eltern so angenommen wird, wie es ist, sondern durch eine Kompilation von Leistungen, die es im Hinblick auf verschiedene Erwartungen erbringt (<http://www.forum-inklusion-akgev.de/PDF-Dateien/inklusion-1-MV-Bildungsminister.pdf> Seite 13).

Dem Gesetzgeber in NRW sind diese unterschiedlichen Sichtweisen über ein inklusives Schulwesen bekannt. Das Gesetz trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten durchsetzen zu wollen, bedarf der aktiven Unterstützung von Lehrern, Eltern und Schülern.

Reicht es aus die Befolgung eines Gesetzes zu verlangen oder die „Fördereinrichtungen für Lernbehinderte als Diskriminierung der Lernbehinderten umdefiniert zu haben“ (W. Lieb)?

Philanthropismus: Brauchbarkeit (Utilitarismus)

„Die Brauchbarkeit erfordert in den meisten Fällen Gehorsam und Unterwerfung, blinde Folgsamkeit. Man muß thun, was vorgeschrieben wird, dieses mag so unvollkommen, so schlecht seyn, als es will. Ein Werk geht immer am besten, und erreicht am sichersten seinen Zweck, wenn der Anführer ganz ausschließlich das Recht zu überlegen und anzuordnen hat, und wenn die Untergebenen buchstäblich und blindlings folgen. Am besten geht's, wenn letztere nur so viel Einsicht haben, den Theil des Plans, den sie ausführen sollen, recht zu fassen, und den Befehlen pünktlich zu folgen: wenn sie den Plan nicht kennen, und wenn sie nichts anders verstehn, als die Handgriffe, die man sie lehrt – mit einem Wort, wenn sie ganz maschinenmäßig handeln“

(Villame: Ob und in wiefern bei der Erziehung die Vollkommenheit des einzelnen Menschen seiner Brauchbarkeit aufzuopfern sey, ¹⁵ in: „Revisionswerk“ a.a.O., Bd. III, Hamburg 1785, S. 484 f).

Der Hinweis auf das Zitat über „Brauchbarkeit“ aus dem Jahr 1785 kann sicherlich keine Bedeutung für die Gegenwart haben, denn wir sind ja freie Bürger in einem freien Land. Fragen muss man sich aber trotzdem, warum der Gesetzgeber auf ein solches Verhalten setzt, um sein Inklusionsgesetz verwirklichen zu können.

Mit dem Gesetz verfolgt die Landesregierung ein weiteres Ziel, denn mit der Verringerung der Förderschüler, scheint der Bestand der Förderschulen gefährdet zu sein.

Fragen und Antworten zur Mindestgröße von Förderschulen

Sind Ausnahmen für bestehende Förderschulen vorgesehen, deren Schülerzahlen bereits unter den Mindestgrößen liegen? ▾

Welche Mindestgrößen gelten für Förderschulen im Verbund? ▾

Wie kann die Übergangsphase einer auslaufenden Förderschule gestaltet werden? ▾

www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Inklusion/FAQ/FAQMindestgroessen/index.html

LINKE & Piraten stimmen gegen die Schließung von vier Förderschulen (Schulausschuss Dortmund).

„Wir sind durchaus für Inklusion und für die Unterrichtung von so genannten Förderschülerinnen und Förderschülern in Regelschulen. Dennoch werden wir der Schließung von gleich vier der insgesamt zehn Dortmunder Förderschulen im Schulausschuss am Mittwoch nicht zustimmen.“ Das kündigt Nursen Konak, schulpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE & PIRATEN an.

Wahrscheinlich wird der Schulausschuss am Mittwoch dem Rat empfehlen, im Sommer folgende Förderschulen zu schließen:

- die Alfred-Adler Schule in Huckarde,
- die Frenzelschule in Hörde und
- die Minister-Stein-Schule in Eving.
- Die Langermannschule in der Innenstadt-West soll im Jahr 2017 folgen.

Weiterhin steht zur Debatte, die Fröbelschule in Wambel umzuwidmen. Dort soll es zwar künftig einen „Förderschwerpunkt Sprache“, aber keinen „Förderschwerpunkt Lernen“ mehr geben.

In der Lütgendortmunder Dellwigschule sowie in der Kielhornschule in der Nordstadt sollen künftig nur noch Kinder ab dem 5. Jahrgang unterrichtet werden ([Inklusion-Dortmund-Schulausschuss](#): Inklusion ja – aber nicht mit der Brechstange).

Nach den Hauptschulen werden als nächstes die meisten Förderschulen aufgelöst, deren Schülerinnen und Schüler werden nun in einem inklusiven Schulsystem auf die verbleibenden öffentlichen Schulen aufgeteilt. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird man nun feststellen, dass die „Vielfalt der Schüler“ nicht zur Verbesserung der Leistungen beigetragen hat. Eltern und Schüler können mögliche Ursachen im

inklusive Unterricht sehen, denn die nicht zu vermeidenden Unterrichtsstörungen könnten dann als Begründung genannt werden

Lohmann (2003):

„Unterrichtsstörungen sind Ereignisse, die den Lehr-Lernprozess beeinträchtigen, unterbrechen oder unmöglich machen, indem sie die Voraussetzungen, unter denen Lehren und Lernen erst stattfinden kann, teilweise oder ganz außer Kraft setzen
<http://www.unterrichtsstoerungen.de/html/definitionen.html> .

Auf der Suche nach Begründung für die Gesetzesinitiative unserer Landesregierung habe ich in den Veröffentlichungen der OECD den folgenden Beitrag gefunden.

Zur neoliberalen Transformation der Bildungseinrichtungen

Andrea Liesner, Ingrid Lohmann

Zunächst ein Wort zur Rahmung, in die bildungspolitisches Handeln heute weltweit eingestellt ist. 1996 veröffentlichte die OECD ein Strategiepapier, das in dankenswerter Klarheit die Taktik benennt, mit welcher der Bevölkerung der reichen Nationen der Raubbau an ihrem öffentlichen Eigentum schmackhaft gemacht wird. Daraus dieses bemerkenswerte Zitat:

*„Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind sehr substanzielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten ohne jedes politische Risiko. Wenn Mittel für laufende Kosten gekürzt werden, dann sollte die Quantität der Dienstleistung nicht reduziert werden, auch wenn die Qualität darunter leidet. Beispielsweise lassen sich Haushaltsmittel für Schulen und Universitäten kürzen, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Studierenden zu beschränken. Familien reagieren gewaltsam, wenn ihren Kindern der Zugang verweigert wird, **aber nicht auf eine allmähliche Absenkung der Qualität der dargebotenen Bildung** (Hervorhebung durch Autor), und so kann die Schule immer mehr dazu übergehen, für bestimmte Zwecke von den Familien Eigenbeiträge zu verlangen oder bestimmte Tätigkeiten ganz einzustellen. Dabei sollte nur nach und nach so vorgegangen werden, z.B. in einer Schule, aber nicht in der benachbarten Einrichtung, um jede allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung zu vermeiden“ (Morrisson 1996, 28) (<http://www.schulheft.at/fileadmin/1PDF/schulheft-133.pdf> Seite 9).*

Fazit:

Der vorgesehene Unterricht wird im Hinblick auf Wissensvermittlung und deren Kontrolle mit großer Wahrscheinlichkeit in einem inklusiven Schulsystem nicht verbessert werden. Wenn dann aber zusätzlich durch die „Vielfalt der Schüler“ dieses inklusive Schulsystem stigmatisiert wird, werden die Anmeldezahlen an diesen inklusiven Schulen vermutlich geringer werden.

Pasi Sahlberg, ein finnischer Erziehungswissenschaftler, Lehrer und Berater des finnischen Bildungsministeriums, nennt die Vorgänge der von internationalen Organisationen wie OECD forcierten globalen Schulreformen **z.B. Inklusion** (Hinweis durch Autor) einen «GERM» (Global Education Reform Movement), **der «Schulen tötet»** (Hervorhebung durch Autor).

Ein «germ» ist der englische Begriff für einen krankmachenden Keim oder ein krankmachendes Virus ([zeit-fragen](#) letzter Absatz).

Der Niedergang des öffentlichen inklusiven Schulsystems ist daher absehbar. Die Hauptschule mit dem öffentlich geförderten negativen Beigeschmack als Restschule ist dafür sicherlich ein gutes (negatives) Beispiel.

Wenn also Eltern zu dem Ergebnis kommen, dass durch einen inklusiven Unterricht die vorgegebenen Lernziele nicht mehr erreicht werden, wird man Schulen suchen, in denen kein inklusiver Unterricht vorgeschrieben wird.

Will die Landesregierung wirklich den Zulauf auf die öffentlichen Schulen unattraktiv machen?

Sollen nur noch die Kinder der Eltern, die sich einen störungsfreien privaten Unterricht leisten können, die öffentlichen inklusiven Schulen besuchen?

Weitere Informationen auf www.forum-inklusion-akgev.de

- Horst Menzyk, Arbeitskreis Gesamtschule e.V. Recklinghausen www.ak-gesamtschule.de